

Das Sparpaket und seine Folgen

Die Angst der Stromfresser vor der Ökosteuer

Die Pläne der Regierung, Unternehmen mit hohem Energieverbrauch stärker zu besteuern, stellen kleinere Betriebe vor die Existenzfrage. Doch ein Ende des Steuerprivilegs würde auch den verbreiteten Missbrauch stoppen. von *Michael Gassmann*

Hunderte, Tausende von Schrauben klackern auf das breite Metallband. Langsam schieben sich die Metallteile in den rot glühenden Schlund, der den Anfang einer langen Bandofenanlage bildet. Aufgeheizt auf 820 Grad, erhalten sie hier die richtige Härte. Armdicke, gelbe Erdgasleitungen führen ins Innere der Anlage. Wie bei dem halben Dutzend weiterer Industrieöfen, die in den Hallen der Härtereier Hauck in Remscheid stehen. Hier wird Energie en gros verbraucht. "Darauf entfallen 80 Prozent unserer Betriebsmittelkosten", sagt Hans-Hermann Holling, der Finanzchef des Werkes.



Für die sehr energieintensiven Aluhütten würde es besonders teuer

Für energieintensive Betriebe wie Hauck droht die Abhängigkeit von Strom und Gas zur Falle zu werden. Die Branche ist in Alarmstimmung, seitdem die Ökosteuerpläne der Regierung sich immer mehr konkretisieren. Um den Bundeshaushalt zu sanieren, will Berlin Ausnahmen bei der Ökosteuer kappen, von denen Wirtschaftszweige mit hohem Energieverbrauch kräftig profitieren: Metallverarbeiter, Aluminiumhütten, Chemiewerke, Papiererzeuger. Bis zu 95 Prozent der Steuern auf Strom und Gas erhalten sie erstattet.

Damit soll bald Schluss sein. Ab 2011 will Berlin die maximale Erstattung auf 85 Prozent, ein Jahr später auf 65 Prozent drücken und so 1,5 Mrd. Euro mehr Steuern einnehmen. Der Sockelbetrag, den energieintensive Unternehmen auf jeden Fall zahlen müssen, steigt nach den Berliner Plänen von heute 512,50 Euro jährlich auf 5000 Euro.



Drohende Steuermehrbelastung

Eine Welle der Empörung ergießt sich nun über die Regierung. Der Industrieverband BDI erklärt, er sei "entsetzt, fassungslos und hochgradig irritiert". Birgit Ortlieb, Geschäftsführerin der Großverbraucherlobby VIK, klagt: "Was die Banken nicht kaputtgekriegt haben, greift jetzt das Finanzministerium an." Wie gewohnt gibt es Schelte für die Regierung aus den eigenen Reihen. Hans Michelbach, Chef der CSU-Mittelstandsunion, moniert "eine eklatante Benachteiligung mittelständischer Unternehmen".

Beispielrechnung des VIK steigt die Steuerschuld für einen kleineren Betrieb mit einem Stromverbrauch von jährlich zehn Gigawattstunden von 6647 Euro in diesem Jahr bis 2012 stufenweise auf 68.960 Euro an.

Michelbachs Analyse stimmt. Wird der Gesetzentwurf umgesetzt, trifft es vor allem kleine und mittelgroße Betriebe, wie sie etwa für die metallverarbeitende Industrie typisch sind.

Auch Großkonzerne, die jährlich 1000 Gigawattstunden Strom durch ihre Maschinen jagen, müssen mit einer Verzehnfachung ihrer Steuerlast auf rund 6,6 Mio. Euro rechnen. Was **Bayer** oder **BASF** leicht verkraften können, kostet einen Zehnmannbetrieb im Sauerland unter Umständen die Existenz, klagt Jürgen Schmidhaus, Präsident des Härtereiverbands. "Auch 20.000 Euro tun vielen richtig weh."

Steuerprivileg Unternehmen mit hohem Energieverbrauch genießen derzeit noch Vergünstigungen bei der **Ökosteuer**. Doch die Regierung will die Ausnahmen streichen, um den Haushalt zu sanieren. Ab 2011 will Berlin die Erstattung der Steuern auf Strom und Gas drücken.

Steuerlast Die Industrie fürchtet enorme Belastungen. Nach den Plänen des Finanzministeriums soll der **Sockelbetrag**, den energieintensive Firmen auf jeden Fall zahlen müssen, von heute 512,50 Euro jährlich auf 5000 Euro steigen.

Teil 2: Empörung zeigt Wirkung

In Berlin zeigt die Empörung durchaus Wirkung, seit Wochen lavieren die beteiligten Ministerien herum und suchen nach Alternativen. Aber Tatsache ist auch: Die vielen Ausnahmen und Rabatte von der Ökosteuer stehen seit Jahren in der Kritik. Allein durch findige Betriebspolitik, deren einziger Zweck die Steuervermeidung ist, entgingen dem Staat Hunderte Millionen Euro an Ökosteuer jährlich, haben gleich mehrere Studien und Berichte, unter anderem des Bundesrechnungshofs, nachgewiesen.

Hotel- und Handelsketten machen sich die Privilegien, die eigentlich Jobs in Schmieden und Papierfabriken sichern sollen, über eine Gesetzeslücke zunutze. Sie bündeln ihre Energienachfrage einfach in eigens gegründeten GmbH, die dann als Energieversorger auftreten - pro forma ein Unternehmen des produzierenden Gewerbes und abzugsberechtigt. "Man könnte sicher 1 bis 2 Mrd. Euro an Vergünstigungen vor allem bei den weniger energieintensiven Branchen kürzen, ohne dass es da zu spürbaren Wettbewerbsnachteilen kommt", schätzt Stefan Bach vom Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut DIW. Nicht von ungefähr kamen die Spitzen der schwarz-gelben Koalition daher Anfang Juni auf die Ökosteuer, als sie nach neuen Einnahmequellen suchten.

Hinzu kommt noch ein zweites Argument: Seit Jahren predigt nicht zuletzt die FDP den Subventionsabbau. "Wir können doch nicht jahrelang damit rumlaufen und dann, wenn es ernst wird, uns verstecken", erregt sich ein Spitzenliberaler auch über Wirtschaftsminister Rainer Brüderle. Der führt in Berlin den Widerstand gegen das Vorhaben an. Im Finanzministerium verdreht man bereits die Augen. Auch hier sieht man die Belastungen für die Wirtschaft. "Aber die allermeisten Unternehmen können die verkraften", sagt ein Spitzenbeamter. "Und bei denen, die in den vergangenen Jahren angeblich nur vom Ökosteuererstattungen gelebt haben, muss man schon die Frage stellen, ob der Staat deren Geschäftsmodell weiter subventionieren muss."

In den Betrieben löst die Aussicht auf die höhere Steuerlast erste Reaktionen aus. "Wir müssen über Entlassungen nachdenken", sagt Hauck-Manager Holling. Über die Wirtschaftskrise habe der Betrieb sich mit Kurzarbeit und ohne Kündigungen retten können. Doch diesmal gehe es um dauerhafte strukturelle Einschnitte. Zehn bis 15 Jobs werde man streichen, um die Kostenerhöhung durch die Verteuerung bei der Ökosteuer auffangen zu können.

Dabei steht Hauck, mit 500 Mitarbeitern Primus in der Nischenbranche der Metallhärter, noch relativ gut da. "Für viele Kleinbetriebe fallen die Steuererleichterungen künftig völlig weg", sagt Jörg Scheyhing von der Beratungsfirma ECG Energie Consulting in Kehl. Firmen, deren Steuerschuld aus der Ökosteuer unter dem künftigen Sockelbetrag von 5000 Euro liegt, erhalten demnächst keine Erstattungen mehr.

Teil 3: Miese Stimmung in der Branche

Die Stimmung in der Branche ist mies. "Ich habe selten so viel Emotion erlebt wie bei diesem Thema", sagt Schmidthaus, der seine Familienfirma seit 30 Jahren lenkt. "Resignation macht sich breit. Viele Inhaber von kleinen Härtereien sagen: Wir machen nicht mehr weiter." Branchenweit seien mindestens 10.000 Arbeitsplätze in Gefahr, schätzt der Düsseldorfer Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung.

Umweltschutz-Organisationen und Kritiker der Ökosteuerprivilegien halten das für maßlos überzogen. BUND-Chef Hubert Weiger lobt, der Abbau der "umweltschädlichen Steuervergünstigungen" sei "ein Schritt in die richtige Richtung". Denn auch ihre umweltpolitischen Ziele verfehlt die Ökosteuer in ihrer jetzigen Konstruktion. "Aus ökologischer Sicht sind die Steuervergünstigungen nicht sinnvoll, da die Belastungen bei hohem Energieverbrauch deutlich sinken oder sogar komplett wegfallen", sagt DIW-Ökonom Bach. Je mehr Energie verbraucht wird, desto größer also die Steuerersparnis. Besser, so Bach, wäre es, den Energieverbrauch voll zu besteuern und erst später jenen energieintensiven Unternehmen eine Pauschale zu erstatten, die den Energieeinsatz effizienter als der Branchendurchschnitt ausnutzen.

Mehr zum Thema **Dokumente**

[Reformansatz Steuer-Placebo mit kurzer Wirkung](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:reformansatz-steuer-placebo-mit-kurzer-wirkung/50157065.html)

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:reformansatz-steuer-placebo-mit-kurzer-wirkung/50157065.html>)

[Schwarz-gelbe Sparpläne Die Sparbombe](http://www.ftd.de/politik/deutschland/:schwarz-gelbe-sparplaene-die-sparbombe/50156368.html)

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:schwarz-gelbe-sparplaene-die-sparbombe/50156368.html>)

[EU-Haushalt Brüssel plant Europasteuer](http://www.ftd.de/politik/europa/:eu-haushalt-bruessel-plant-europasteuer/50154400.html)

(<http://www.ftd.de/politik/europa/:eu-haushalt-bruessel-plant-europasteuer/50154400.html>)

Schon aus Kostengründen gingen die Betriebe mit Energie so effizient wie möglich um, hält Schmidthaus dagegen. "Aber die Physik lässt sich nun mal nicht überlisten." Wer sich in Schmidthaus' 60-Mann-Betrieb im sauerländischen Flecken Breckerfeld umschaute, stellt fest, dass die Außenhaut der Brennöfen nicht einmal handwarm ist. Von den mehr als 800 Grad im Inneren dringt kaum etwas nach außen. Die Isolierung habe man immer weiter perfektioniert.

Dennoch: Die Möglichkeiten, Energie besser zu nutzen, sind nicht ausgereizt. So verwendet Hauck seit Kurzem die anfallende Abwärme zum Heizen des Verwaltungstrakts. Solche Optimierungen bringen ein paar Prozentpunkte. Über die vergangenen zehn Jahre sei der Energieverbrauch je Produkteinheit insgesamt um ein Drittel gesunken, sagt Werksleiter Roger Liedtke. Nur so lasse sich die Marge der energieintensiven Unternehmen retten. Denn Strom wird auch so immer teurer - ganz ohne Zutun des Fiskus.

FTD-Serie

Sparpaket Die Bundesregierung muss den Haushalt sanieren. Eine exorbitante Neuverschuldung und die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingen sie dazu. Mit einem Sparpaket will sie bis 2014 rund 80 Mrd. Euro einsparen.

Sinn Dagegen gehen viele auf die Barrikaden: Verbände, Politiker, Gewerkschaften, Betroffene. Auch wenn das Paket der Koalition an vielen Stellen unausgereift ist - an anderen Punkten ist es absolut sinnvoll. In einer Serie zeigt die FTD die Beispiele auf.

